

Mitteilungsblatt 21.08.2020

Hirschberg darf sich weiterentwickeln

Die FDP Hirschberg begrüßt es, dass sich die Mehrheit des Gemeinderates endlich der langjährigen Forderung der FDP-Gemeinderatsfraktion zur Erweiterung des Hirschberger Gewerbeparks angeschlossen hat.

Denn es muss in Hirschberg ansässigen Betrieben erlaubt sein, sich zu erweitern. Aber auch weitere Ansiedlungen müssen möglich sein. Arbeitsplätze in Hirschberg zu halten hat viele nachhaltige Aspekte. Hört man sich unter den ansässigen Unternehmen um, ist der Bedarf groß und im Rathaus seit längerem bekannt. Wirtschaftsstandorte sind nun mal von geografischen Gegebenheiten abhängig, da ist die zentrale Lage an der A5 als einer der Haupt-Nord-Süd-Achsen Deutschlands und hoher Arbeitskräftedichte ein strategischer Vorteil.

Klar ist die Gewerbesteuer, was die Corona-Pandemie nachdrücklich gezeigt hat, anfällig wie andere Steuerarten auch. Die Gewerbesteuer ist aber die einzige Steuer, die die Gemeinde selbst gestalten kann. Diese Steuer, weil in Europa einzigartig, abzuschaffen ist eigentlich schon immer Ziel der FDP. Aber solange die Gegebenheiten sind wie sie sind, sollte unsere Gemeinde die Besteuerungsbasis erweitern. Die Forderung nach Erhöhung von Gewerbesteuer und Grundsteuer tauchen bei unseren sozialistische Gemeinderatsfraktionen GLH und SPD regelmäßig auf, wenn der Gemeindegeldbeutel leer ist und der Wunschzettel überquillt. Beide beklagten in der Vergangenheit regelmäßig bei der Haushaltsaufstellung, dass die Verwaltung die Steueransätze zu konservativ ansetze um ihre Begehrlichkeiten zu begrenzen.

Nun zum Protest der Weinheimer und Hirschberger Bürger. Es ist schon verwunderlich, dass die Empörung von einem Personenkreis angeführt wird, der mit seiner Staats- und Industrie-Pension bereits für den Rest des Lebens ausgesorgt hat. Diese Pensionen werden nicht aus angespartem Kapital, sondern monatlich aus den wirtschaftlichen Aktivitäten heraus bezahlt. Die nachkommende Generation hat auch ein Recht auf Einkommen und Verwirklichung in Industrie, Handwerk und Handel. Diese Arbeitsplätze kann die Landwirtschaft, selbst bei fünfzig Prozent Ökolandbau, nicht stellen.

Auch kann das Vorgehen des Gemeinderats nicht überrascht haben, denn in den Programmen der gewählten Gemeinderäte standen die Forderung oder Ablehnung von Gewerbegebieten drin.

Dass bei jeder Entscheidung die Bürger neu befragt werden und Fachleute entscheiden, entspricht zwar der Idee der Räterepublik, ist aber in unserer Landesverfassung nicht vorgesehen. Die Gemeinderäte repräsentieren demokratisch die Einstellung ihrer Wähler. Fachleute wissen viel über einen kleinen speziellen Bereich, Gemeinderäte müssen mit wenig Wissen von vielen Details Entscheidungen treffen, damit nicht der Zufall entscheidet.